

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 45 (1951)
Heft: 3

Artikel: Die Krise des Sozialismus
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139494>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sollte die Kirche in die Welt schreien, aber wissen, daß ihre Schreie nur gehört werden, wenn sie durch ihr eigenes Leben die Wahrheit ihrer Predigt erweist. Sie wird die große Friedenskraft werden, sobald sie selber zum Frieden gelangt ist.

Das ist in Kürze, was ich in einer Zeit wie dieser predigen sollte. Aber wie kann ich das predigen?

Ich muß eine Sprache finden, die auch von denen verstanden wird, die sich von der Religion abgewandt haben. Um das zu können, muß ich die Menschen meiner Zeit kennen, ihren Alltag, ihre Freuden und Leiden und Strebungen. Ich kann ihnen nicht Christus predigen, bevor ich sie nicht kenne und in Liebe versteh'e.

Das erfordert große Geduld, starkes Einfühlungsvermögen, ernstes Gebet. Doch welche Freude, wenn wir den Weg finden zu denen, die, Sünder wie wir selbst, Gott uns geheißen hat, zu Ihm zurückzuführen als seine Kinder in Zeit und Ewigkeit! Welches Glück zu sehen, wie sie nach und nach unsere Botschaft verstehen lernen und zu wahrem Leben in der Hingabe an Christus durch den Dienst am Nächsten gelangen!

Hat dies alles mit Theologie zu tun? Die christliche Predigt verlangt theologisches Durchdenken als Unterbau. Doch es darf sich dem Hörer nicht aufdrängen. «Jesus», sagte Spurgeon, «war ein Meister in volkstümlicher Rede.» Wir müssen für Ihn in einfacher, gerader, klarer Sprache zeugen, die zu erkennen gibt, daß wir uns an nichts anderem halten als an Gottes Wort allein. Nur dann werden wir durch unser Predigtamt die Wahrheit des Christuswortes erweisen: «Wer euch höret, der höret mich.»

Die Krise des Sozialismus

I.

Die Krise des Sozialismus ist eine Tatsache. Und es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß es bei dieser Krise um Leben oder Tod geht. Zwar merken manche sozialdemokratische Parteien — z. B. die schweizerische — gar nicht, daß es um sie sehr kritisch steht; sie fühlen sich im Gegenteil höchst gesund und kräftig. Aber andere Glieder des sozialistischen Gesamtkörpers, so die Partei des französischen Sozialismus und die diversen sozialistischen Splitterparteien Italiens, sind ganz offenkundig krank, und die sozialistischen Parteien des europäischen Ostens sind überhaupt verschwunden, sind vom Kommunismus wegamputiert worden, was unmöglich gewesen wäre, wenn ihnen wirkliche Gesundheit und Lebenskraft innewohnt hätten. Im ganzen muß man wohl feststellen, daß der sogenannte demokratische Sozialismus im heutigen Weltkampf als selbständige Macht, die entscheidend in den Gang der Ereignisse ein-

greifen könnte, nur mehr eine geringfügige Rolle spielt. Er ist insbesondere in der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus nicht die so viel beredete «dritte Kraft», die die Lösung des Gegenseitigkeiten zeigen und herbeiführen könnte; er ist kaum viel anderes als eine «dritte Schwäche», ein Gebilde, das fast nur noch als willenloses Anhängsel des einen der beiden Machtkolosse zu existieren vermag.

Und damit ist auch bereits das eigentliche Wesen der Krise des Sozialismus angedeutet: die äußere Ohnmacht des demokratischen Sozialismus ist nur die Folge seiner inneren Schwäche und Haltlosigkeit. Die Krise des Sozialismus ist eine moralische Krise. Und sie besteht, kurz gesagt, darin, daß der demokratische Sozialismus im entscheidenden Abschnitt des Ringens zwischen der alten und der neuen Welt sich selbst zu verlieren droht, daß insbesondere seine offiziellen Vertreter im großen Kampf um Sozialismus und Demokratie den Sozialismus zurückstellen oder gar überhaupt opfern, um die Demokratie zu retten, damit aber tatsächlich die Demokratie zerstören helfen, die nur auf dem Boden des Sozialismus verteidigt und gesichert werden kann.

In dieser Haltung, die für die meisten sozialdemokratischen Landesparteien durchaus kennzeichnend ist, kommt eine radikale Wendung der ganzen sozialistischen Strategie und Taktik gegen früher zum Ausdruck. Bis zum zweiten Weltkrieg war es ja trotz allen Einbrüchen in hergebrachte Lehren und Auffassungen für die sozialdemokratische Bewegung aller Länder fast selbstverständlich, daß der Kampf des Sozialismus in erster und letzter Linie der Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft und des zeitgenössischen Imperialismus gelten müsse, den nicht nur Lenin, sondern auch sozialdemokratische Theoretiker wie Hilferding als «die letzte Etappe des Kapitalismus» bezeichnet hatten. Und der Weg zu diesem Ziel führe, so sagt z. B. das geltende Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom Jahre 1935, «über den Zusammenschluß aller ausgebeuteten Volksschichten zu einer einheitlichen, antikapitalistischen Kampfgemeinschaft». Noch zu Beginn der Nachkriegszeit war man sich innerhalb der sozialistischen Bewegung Westeuropas über diese Zielrichtung einig. Die Programmschrift der Britischen Labourpartei über die internationale Neuordnung nach dem Krieg stellte 1945 unzweideutig fest:

«Für die Erreichung unserer internationalen Ziele ist der Sozialismus entscheidend wichtig, insbesondere um dem Faschismus und den Kriegsursachen ein Ende zu setzen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau erfolgreich durchzuführen und die Ausbreitung der Demokratie und der politischen Freiheit im Nachkriegseuropa zu fördern.»

Heute vernehmen wir ganz andere Töne, vor allem auch aus dem Lager der Britischen Labourpartei, die seit ihrem großen Wahlsieg von 1945 die Führung der sozialistischen Internationale innehat, aber nunmehr einer Grundanschauung huldigt, die von derjenigen, welche ihr vor

sechs Jahren den Sieg gebracht hat, in wesentlichen Stücken aufs schärfste abweicht.

Jetzt wird von den sozialdemokratischen Parteien aller Länder — mit wenigen Ausnahmen, deren bedeutendste die große Sozialistische Partei Italiens ist — als Hauptgegner nicht mehr der Kapitalismus und sein Sprößling, der Imperialismus (im klassisch-sozialistischen Sinn), empfunden, sondern der Kommunismus und der sogenannte Sowjet-Imperialismus. «Die hundertprozentig stalinisierte Kommunistische Partei», so schrieb im «Populaire» (22./23. Mai 1950) Jules Moch, der führende Kopf der französischen Sozialisten, «bleibt der Hauptgegner des Sozialismus und des sozialen Fortschritts, die schlimmste Gefahr für unsere Unabhängigkeit.» Und das gleiche Thema wird in tausendfältiger Variation auch in der ganzen übrigen Presse und Propaganda des internationalen Sozialismus abgewandelt. Auch in der Schweiz. Was einer der bekanntesten Führer unserer Sozialdemokratie — der nach dem ersten Weltkrieg selber zum Kommunismus hinübergewechselt hatte — einmal ausrief: «Wenn ich zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu wählen hätte, so würde ich mich ohne Zögern für den Kapitalismus entscheiden, der doch wenigstens die Demokratie achtet», das hört man auch im Parteivolk häufig nachgesprochen. Der Kapitalismus, so geht jetzt die Rede, habe sich in der letzten Zeit derart zu seinem Vorteil gewandelt, daß der Kampf gegen ihn eine «sekundäre» Sache und die Verteidigung der Demokratie gegen die Sowjetdiktatur die Hauptaufgabe unserer Zeit geworden sei (C. Miville im «Freien Aargauer»). Was Wunder, daß solche Auffassungen auch in gewissen religiös-sozialen Kreisen obenauf gekommen sind, daß Sozialismus und Kapitalismus hier als «veraltete Schlagworte» abgetan werden, mit denen die Welt nicht mehr geklärt, sondern nur noch vernebelt und vergewaltigt werde («Aufbau» 1949, Nr. 45), und daß hier der Bolschewismus «vom Sozialismus unendlich viel weiter entfernt» gesehen wird als etwa vom Kapitalismus («Aufbau» 1949, Nr. 40), mit anderen Worten: daß man sich dem Kapitalismus unendlich viel näher fühlt als dem Kommunismus.

Ganz allgemein herrscht heute in der Sozialdemokratie die Meinung vor, daß der große Trennungsstrich nicht mehr zwischen der sozialistischen und der bürgerlich-kapitalistischen Welt hindurchgehe, sondern zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie einerseits, Kommunismus und Sowjetwelt anderseits. Der Kampf gegen den Kommunismus wird durchaus als Fortsetzung des Kampfes gegen Faschismus und Nazismus aufgefaßt, der Arm in Arm mit dem «freiheitlichen» Bürgertum ausgetragen werden müsse. Zum Kommunismus und den von ihm irgendwie beeinflußten Bewegungen hin werden von der Sozialdemokratie keinerlei Beziehungen geduldet, während die Zusammenarbeit mit den bürgerlich-kapitalistischen Kräften, auch mit solchen der ärgsten Reaktion (z. B. Bündnisse mit katholischkonservativen Parteien), als ganz normal und jedenfalls sehr erträglich und einträglich empfunden werden.

Dementsprechend wird in der sozialistischen Propaganda alles, was von der Sowjetunion oder einem anderen kommunistischen Lande herkommt, mit äußerster Schärfe abgelehnt. Die Zustände in diesen Staaten werden der eigenen Gefolgschaft nur in leidenschaftlich-gehässiger Verzerrung gezeigt, während zum Beispiel die Verhältnisse im kapitalistischen Amerika und die Politik der Vereinigten Staaten mit nachsichtigstem Verständnis, ja oft mit lebhafter Zustimmung behandelt werden. Man müsse einmal, so meinte Morgan Philipps, der Sekretär der Britischen Labourpartei, an der Kopenhagener Konferenz der Sozialistischen Parteien (1950), «das alte Vorurteil gegen die Vereinigten Staaten» als überholt fahren lassen, denn abgesehen von England und Schweden sei Amerika «das fortschrittlichste Land der Welt» und der Marshallplan «praktischer Sozialismus auf internationaler Stufenleiter». Ganz ähnlich fragte der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Oprecht: «Was ist denn die Politik des Marshallplanes anderes als angewandter Marxismus? Wie könnten die Pläne der europäischen Wiederaufbauorganisation in Paris ... anders als angewandter Sozialismus bezeichnet werden?» («Volksrecht», 31. Januar 1949), während der gleiche sozialdemokratische Führer den Leistungen der Sowjetunion jeden sozialistischen Charakter rundweg abspricht. (Vgl. «Volksstimme», St. Gallen, 23. Januar 1951.) Am «vorurteilslosesten» erweisen sich in dieser Beziehung die mit der europäischen Sozialdemokratie eng verbundenen Gewerkschaften, die mehr und mehr die grundsätzliche Sympathie der amerikanischen Gewerkschaften für das «freie Unternehmertum» teilen und vom amerikanisch beherrschten neuen Weltgewerkschaftsbund aus die Haltung der sozialistischen Parteien gegenüber der Politik der Vereinigten Staaten maßgebend beeinflussen.

Das gilt namentlich von der amerikanischen Außenpolitik, die grundsätzlich – von Einzelheiten abgesehen – auch diejenige der sozialistischen Parteien Westeuropas ist. Von Trumandoktrin und Marshallplan über Atlantikpakt und Brüsseler Union bis zum militärischen Eingreifen in Korea und zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands ist die weltpolitische Grundauffassung der Vereinigten Staaten regelmäßig auch diejenige der britischen Labourregierung und der festländischen Sozialdemokratie gewesen. Eine an der eben erwähnten Kopenhagener Tagung der «Comisco» angenommene Resolution erklärt bündig: «Die von der Kominform-Politik hervorgerufene Unruhe stellt die größte Gefahr für den Weltfrieden dar.» Und wenn die gleiche Resolution auch den Kapitalismus als Friedenshindernis bezeichnet, so bleibt es doch richtig, daß die Sozialistische Internationale – oder was von ihr noch übrig ist – das Schwerpunkt ihres Kampfes durchaus auf die Abwehr des «Sowjetimperialismus» legt, und zwar auf die Abwehr mit Waffengewalt. Wie Julius Braunthal in der «Roten Revue» (Oktober 1949) unverblümt heraussagt: «Der westeuropäischen Sozialdemokratie ist jedenfalls keine andere Wahl gelassen, als sich der russischen Expansion zu widersetzen: mit gei-

stigen Waffen, solange sie allein sprechen dürfen; mit sozialistischen Werken, solange die Freiheit sozialistischen Wirkens nicht bedroht ist; mit dem Instrument der Gewalt, falls die Gewalt einer bewaffneten Invasion sie zu überwältigen sucht.»

Es ist darum auch ganz natürlich, daß es heute keine sozialistische Friedensbewegung im echten Sinne mehr gibt. Man ist zwar im sozialdemokratischen Lager selbstverständlich auch «für den Frieden» und redet noch immer davon, wie wichtig es sei, die im Kapitalismus wirkenden Kriegsursachen zu überwinden und eine auf wirtschaftlicher Gerechtigkeit begründete Friedensordnung in der Welt aufzurichten. Aber mit der Tat unterstützt man aufs energischste jene früher von allen Pazifisten und nicht zuletzt von den Sozialisten aller Länder klar abgelehnte Lehre, die die beste Friedenssicherung in einer möglichst starken Kriegsrüstung sieht. Die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas sind so beinahe vorbehaltlos in die Front der Westmächte eingeschwenkt, deren «Friedenspolitik» in der höchstgesteigerten militärischen Aufrüstung zur Verhinderung oder Abwehr eines angeblich drohenden ostmächtlichen Angriffskrieges besteht – nicht etwa in der Schaffung «sozialistischer Werke», die vielmehr von der Vormacht des Westbundes, dem kapitalistischen Amerika, gehasst und bekämpft werden wie nur irgend etwas Böses auf dieser Erde. Und so ist denn auch von dem sozialdemokratischen Antimilitarismus in der Schweiz, der sich nach dem ersten Weltkrieg so verheißungsvoll zu entfalten schien, kaum mehr eine schwache Spur zu finden; die Sozialdemokratische Partei hat sich im Zeichen des Kampfes zuerst gegen den Faschismus, dann gegen den Kommunismus völlig die bürgerlich-patriotische Auffassung von der Landesverteidigung zu eigen gemacht und hat grundsätzlich gegen die Beteiligung auch der Schweiz an dem wahnsinnigen Wettrüsten nichts Ernsthaftes mehr einzuwenden, stimmt ihr vielmehr mit Schwung und Überzeugung als einer fast selbstverständlichen Notwendigkeit durchaus zu.

II.

Wie sollen nun aber wir uns zu diesen neuen Strömungen innerhalb der sozialistischen Parteien stellen? Ich kann es in einen Satz zusammenfassen: Wir müssen dazu überall, wo sie hervortreten, klar und entschlossen Nein sagen, weil die Lösung vom Vorrang des Kampfes für die politische Freiheit vor dem Kampf für die soziale Gerechtigkeit der wirklichen Lage des Sozialismus und ihren Notwendigkeiten in keiner Weise entspricht, vielmehr durchaus der heutigen Lage des Weltkapitalismus entsprungen ist und den Bedürfnissen der ihn tragenden Klassen dient. Denn entgegen der unter uns herrschenden Vorstellung geht ja der große Kampf unserer Zeit nicht in erster Linie um den Gegensatz von Freiheit und Totalstaat; er ist vielmehr vor allem ein weltweites Ringen zwischen sozialer Revolution und politisch-sozialer Gegenrevolution. Das ist das

zentrale Themen der Weltgeschichte unserer Zeit. Und zwar keineswegs nur im engeren politischen und wirtschaftlichen Sinn. Nein, in der Umwälzung der materiellen Lebensbedingungen drückt sich nach unserem Glauben vor allem die geistige und sittliche, ja die religiöse Revolution aus, die in der Völkerwelt am Werk ist und in der Verbindung mit jener anderen Revolution erst Tiefe, Substanz und Wirklichkeit gewinnt, Fleisch und Blut wird und wahrhaft weltumgestaltende Kraft bekommt. Wir erleben es nun wirklich, daß «das Wesen dieser Welt vergeht» (1. Kor. 7, 31). Und wir stehen als Bürger des Atomzeitalters sogar unter der Drohung, daß «der Himmel sich entzündet und auflöst und die Elemente vor Hitze schmelzen», dürfen dann aber freilich auch «einen neuen Himmel und eine neue Erde erwarten, worinnen Gerechtigkeit wohnt» (2. Petri 3, 12/13).

Begonnen hat die Revolution gegen die Herrschaft von Feudalismus und Kapitalismus schon 1910/11 in Mexiko und China. Dann kam der erste Weltkrieg, der das Ende des bürgerlichen Zeitalters einleitete und der sozialen Umwälzung neue, mächtige Antriebe gab, vor allem in Rußland und weiterhin in ganz Nordasien. Darauf erhob sich freilich sofort die Gegenrevolution der bürgerlich-kapitalistischen Welt mit den Interventionskriegen und dem wirtschaftlich-politischen Boykott, wodurch die Sowjetunion erdrückt werden sollte, mit dem Faschismus und Nazismus und der Zusammenarbeit der kapitalistischen Demokratien des Westens mit den faschistischen Diktaturen Mittel- und Südeuropas. Die Folge war der Zusammenbruch des Völkerbundes und der Ausbruch des zweiten Weltkrieges, der die Westmächte notgedrungen mit der Sowjetunion zum Kampf gegen den faschistisch-nazistischen Imperialismus zusammenführte.

Die wirklichen Fronten stellten sich indessen gleich nach Kriegsende auf ihren alten Linien wieder her. Denn inzwischen war die soziale Revolution neuerdings gewaltig und aufs bedrohlichste vorgedrungen: in Westeuropa im Gefolge der Widerstandsbewegungen auf dem Festland und des Laboursieges in England, in Osteuropa in Gestalt der jungen Volksrepubliken mit ihren Bodenreformen, Industrialisierungsprogrammen, Soialisierungen und politisch-kulturellen Umstürzen. Und die jetzt von Amerika geführte Gegenrevolution zögerte wiederum nicht, gegen diese «tödliche Gefahr» unter Einsatz aller wirtschaftlichen und militärischen Mittel einzugreifen – mit Erfolg bisher, wenigstens in Westeuropa.

Anders in Osteuropa, wo sich das neue Regime überall befestigte und sogar ausbreitete, und anders namentlich in Ost- und Südasien, wo die ungeheuren Massen der farbigen Nationen in heftigste Bewegung gekommen sind und ein Volk nach dem andern das Joch seiner eigenen Gewaltherrscher und der fremden Ausbeuter abschüttelt. Alles Eingreifen der kapitalistisch-imperialistischen Kräfte ist hier vergeblich geblieben und wird weiterhin vergeblich bleiben, insbesondere gegenüber China, Korea, Indochina und Malaya. Als Ganzes aber ist die politisch-soziale

Gegenrevolution in der Welt noch völlig ungebrochen, ja sie schickt sich zu ihrer höchsten Kraftentfaltung erst jetzt an. Und da sie weiß, daß sie auf dem Boden der bloß geistigen und sozialen Auseinandersetzung mit den revolutionären Kräften niemals siegreich bleiben würde, greift sie zu zwei Waffen, die ihr trotzdem die Überlegenheit über den gefürchteten Gegner sichern sollen:

Sie trägt erstens die Auseinandersetzung auf den machtpolitisch-militärischen Boden, mit der Begründung, es gelte einen beabsichtigten Angriffskrieg der Ostblockstaaten abzuwehren – dies obwohl im Verhältnis der Westmächte zur Sowjetunion von den Interventionskriegen bis zu Hitlers Einbruch in Rußland der Angriff immer vom Westen ausging und keinerlei Grund ersichtlich ist, warum nach dem Ende des zweiten Weltkrieges die Sowjetunion plötzlich ihre bisherige, auf Entfaltung und Verteidigung des «Sozialismus in einem Lande» gerichtete Politik hätte auf den Kopf stellen und ihrerseits den Weg kriegerischer Ausdehnung beschreiten sollen. Wenn die Sowjetpolitik innerlich eine solche Wendung um 180 Grad vorgenommen hätte, dann wäre der gegebene Augenblick für ihre Ausführung beim Zusammenbruch des Dritten Reiches gekommen gewesen, als sozusagen ganz Mittel- und Westeuropa dem Zugriff des Kremls mehr oder weniger wehrlos ausgeliefert dagelegen hätte. Dann hätte der «Sowjetimperialismus» sicher nicht gewartet und würde nicht heute noch warten und tatenlos zusehen, wie die Westalliierten ihre Militärmacht neu aufzubauen, um seine «Eroberungspläne» zunichte zu machen.

Zweitens aber haben die Westalliierten seither auch eine ideologische Front von unleugbarer Schlagkraft aufgebaut, indem sie den Mythos von der Verteidigung der westlichen Freiheit und Menschlichkeit gegen östliche Staatstyrannie und Barbarei geschaffen und popularisiert haben. Dies wiederum im Widerspruch zu den Tatsachen, die handgreiflich erweisen, daß die kapitalistischen Demokratien im Bunde mit den freiheitsfeindlichen Kräften in der ganzen Welt stehen, von Madrid und Rom bis Söul, Tokio und Manila, von Westdeutschland und Griechenland über die Türkei und Persien bis nach Indochina und Formosa. Aber der Zweck heiligt eben auch hier das Mittel. So wie schon nach dem ersten Weltkrieg die Westmächte die Gegenrevolution organisierten und mit der sozialen Reaktion, ja sogar mit dem Faschismus und Nazismus zusammenarbeiteten, um den Sozialismus und Kommunismus zu ersticken, so ist, unter amerikanischer Führung, auch nach dem zweiten Weltkrieg das oberste Ziel der kapitalistischen Weltkräfte die Eindämmung der sozialrevolutionären Bewegung mit allen nur möglichen Mitteln. Und eines dieser Mittel ist die Freiheitslösung — eines der wirksamsten, aber auch eines der unehrlichsten Mittel, deren sich der in seinen eigentlichen Lebensgrundlagen erschütterte Kapitalismus bedient.

Daß die bürgerlich-kapitalistische Welt den Freiheitsmythos verwendet, um die soziale Revolution abzuwehren und die Aufmerksamkeit von

der Unfreiheit und Unmenschlichkeit abzulenken, die der moderne Kapitalismus politisch wie wirtschaftlich über die Völker gebracht hat, das ist nur zu verständlich und natürlich. Aber daß auch die sozialistischen Parteien die Ideologie der Gegenrevolution übernommen haben, das ist, von ihrem programmatischen Standort aus gesehen, schlechterdings unverständlich und geradezu widernatürlich, verrät aber eben darum die ganze Instinktlosigkeit eines gewissen sozialdemokratischen Funktionärtypus.

Sozialisten sollten immerhin wissen, daß die inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise allmählich eine Schärfe und Heftigkeit gewonnen haben, die ihre Überwindung mit den normalen Mitteln dieses Regimes nicht mehr zuläßt.

Sie sollten gelernt haben, daß in dieser Dauer- und Lebenskrise des Kapitalismus die herrschenden Klassen zu jedem, auch zum verzweifeltesten Mittel zu greifen bereit sind, um ihre Vormachtstellung und ihre Gewinnmöglichkeiten zu retten, von bloßen Kommunistenverfolgungen bis zu offenem Faschismus, von krisenabwehrenden Militärrüstungen bis zu gewaltsamer Ausweitung des Weltmarktes, von planmäßiger Gehirnverkleisterung durch Presse und Radio bis zur Atombombe und zu den radioaktiven Nebeln.

Sozialisten müßte es eigentlich klar sein, daß der Antikommunismus der bürgerlichen Welt auch und sogar vor allem sehr entschlossener Antisozialismus ist, daß das «liberale» Bürgertum dieser Restaurationszeit von allem, was Planwirtschaft, Sozialisierung und Wohlfahrtsstaat heißt, radikal nichts wissen will und den demokratischen Sozialismus nur als Vorfrucht des Kommunismus ansieht.

Sozialisten sollten keinen Augenblick im Zweifel sein, daß sie mit allen Beteuerungen ihrer demokratischen und patriotischen Zuverlässigkeit vom kapitalistischen Bürgertum ja doch nicht voll genommen werden und sachlich einfach die Rolle von Zutreibern für den Kreuzzug gegen die kommunistischen Länder spielen, der, wenn er so weiterbetrieben wird, nur im Atomkrieg enden kann. Und daß ein kommender Weltkrieg von Sozialismus und Freiheit mindestens in Europa wenig mehr übrig lassen würde, das ist hoffentlich sogar unseren rüstungsfreudigsten Sozialdemokraten und wütendsten Kommunistenfressern einigermaßen klar. Über diese Aussicht tröstet auch der jetzt häufig gehörte Spruch «Lieber tot als Sklav'» nicht hinweg; die darin liegende Wahrheit ist ja doch in der heutigen Lage nur das heroisch aufgedonnerte Eingeständnis der eigenen moralischen Impotenz, der Unfähigkeit nämlich, den Kommunismus auf die allein mögliche und wirksame Art zu bekämpfen, die darin besteht, daß man die soziale Revolution, die der Kommunismus erstrebt, selbst macht, aber im Geiste der Freiheit und der Achtung vor dem Rechte der anderen.

Sozialisten sollte es darum auch nicht schwerfallen, zu begreifen, daß nicht Kriegsrüstungen und soziale Umwälzung dem Kommunismus zu wehren vermögen, wie das von denkfaulen Leuten so gerne behauptet

wird. Denn Kriegsrüstungen und sozialistische Wirtschaftsreform sind ja zwei Methoden, den Kommunismus zu bekämpfen, die einander völlig entgegengesetzt sind und sich wechselseitig ausschließen. Das kapitalistische Bürgertum hat sich doch gerade darum für den Weg der Kriegsdrohung und der militärischen Einschüchterung der kommunistischen Staaten entschieden, weil es den anderen Weg, denjenigen der Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Not durch eine auch nur einigermaßen radikale Umgestaltung der Besitzordnungen, nicht gehen will. Kriegsrüstungen und nötigenfalls der Krieg selbst sollen für die Träger der alten Welt nur ein Ersatz für den Sozialismus als Alternative zum Kommunismus sein — und Sozialisten sollten sich dazu hergeben, ihnen die Anwendung dieses ohnmächtigen Ersatzmittels noch zu erleichtern? Selbst wenn ihnen die grundsätzliche Unvereinbarkeit der beiden Methoden, den Kommunismus abzuwehren, nicht klar sein sollte, so müßten sie sehen, daß sie praktisch nicht vereinbar sind. Um nur die eine Tatsache zu nennen: die Vereinigten Staaten haben für die vielgenannte Hilfe an rückständige Länder bisher kaum 40 Millionen Dollar ausgegeben, während sie für Kriegsrüstungen und Kriegsführung allein im Laufe dieses Jahres mindestens 40 Milliarden, also 40 000 Millionen Dollar, ausgeben wollen. Für die rechte Art, den Kommunismus zu bekämpfen, nur ein Zehntelprozent der Summe, die sie für die falsche Abwehr des Kommunismus aufwenden! Und ähnlich, wenn auch nicht so kraß, ist das Verhältnis zwischen Sozialausgaben und Rüstungsaufwendungen in anderen Ländern der sogenannten «freien Welt». Die Lebenshaltung der ärmeren Schichten wird im Zeichen der zunehmenden Militarisierung fühlbar gesenkt, die Demokratie wird geschwächt, die Macht der kapitalistischen Klasse aber gestärkt — und damit will man den Völkern den Kommunismus verleiden? Wahrlich, von Blindheit geschlagen ist, wer auf diesem Weg zu einer kommunismusfreien Welt zu kommen hofft? Eine gänzliche Abkehr von ihm täte not, wenn man das Ziel auch nur annäherungsweise noch erreichen will.

III.

Mit dem bisher Gesagten ist bereits festgestellt, daß die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Kommunismus und der Sowjetunion im wesentlichen falsch ist. Wie ich das meine, mag deutlicher werden, wenn ich ein paar Gedanken eines bedeutenden Amerikaners, des im vergangenen Frühjahr so tragisch aus dem Leben geschiedenen Francis Otto Matthiessen, Literaturprofessors an der Harvard-Universität, anfühe*. Matthiessen, der sich allen Anfeindungen zum Trotz bis ans Ende als Christ und Sozialist bekannte, erklärt sich als unfähig, irgendwie die Lebensanschauung des Kommunismus anzunehmen. «Ich bin ein Christ»,

* In seinem Buch «From the Heart of Europe» (zitiert im Gedenkheft der Neuyorker «Monthly Review» für Matthiessen).

sagt er, «nicht durch Erziehung, sondern aus Überzeugung, und ich finde jeglichen Materialismus unangemessen ... Ich habe den Glauben des 19. Jahrhunderts, daß jedermann sein eigener Messias sei, ebenso abgelehnt wie die anderen individualistischen Verirrungen dieses Jahrhunderts.» Und doch, so fährt er fort, müsse er den Kommunismus als gewaltige revolutionäre Kraft in unserer Zeit würdigen:

«Ich nehme die Russische Revolution als das fortschrittlichste Ereignis unseres Jahrhunderts an, als die notwendige Nachfolgerin der Französischen Revolution, der Amerikanischen Revolution und des englischen Bürgerkrieges im siebzehnten Jahrhundert. Das Fach der Geschichte scheint nur dann einen Wert zu haben, wenn es einen befähigt, solch allgemeingültige Ähnlichkeiten zu erfassen und festzuhalten, auch insofern man anerkennen muß, daß das eiserne Zeitalter der Ernüchterung, das sich nach den Ausschreitungen Robespierres auf so viele europäische Intellektuelle herabsenkte, nicht weniger düster und hart war als das unsrige ... Wir können uns nicht den Luxus gestatten, zu wählen, wo und unter welchen Umständen eine Revolution stattfinden soll. Revolutionen finden statt, weil die Zustände so unerträglich geworden sind, daß die Menschen dazu getrieben werden, sie mit wenn auch noch so gewalttätigen Mitteln in Ordnung zu bringen.»

Ähnliches, so glaubt Matthiessen, gelte auch für die kommenden Revolutionen. «Einer meiner französischen Freunde aus der Widerstandsbewegung», so bemerkt er, «betont immer die Gleichgültigkeit der Kommunisten gegenüber der Würde des Einzelmenschen, ihre Bereitschaft, jedermann den strengen Anforderungen der immer straffen und doch immer wechselnden Parteilinie zu opfern. Aber ich kann gleichwohl nicht vergessen, daß in Frankreich, wo jetzt die meisten offiziellen Sozialisten aus Furchtsamkeit die Richtung verloren haben, die jüngeren Denker unter den Kommunisten, zusammen mit den Gewerkschaftsführern, jetzt die Revolution lebendig halten.»

Das will sagen: Als Sozialisten dürfen wir trotz aller Ablehnung der kommunistischen Philosophie und der kommunistischen Gewaltherrschaft die elementaren Kräfte der sozialen Revolution nicht erkennen, die im Weltkommunismus wirken. Das Ziel, das tausendmal rechte Ziel des Kommunismus war von Anfang an die Überwindung einer Ordnung, die immer wieder Massenarmut und Massennot, Entwürdigung und Knechtung des Menschen durch den Menschen, Krisen und Kriege erzeugt, und die Begründung einer klassenlosen, ja brüderlichen Volks- und Völkergemeinschaft, in der ein jedes Glied sagen darf: «Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!» Gewalttat und Staatstyrannie sind dem Kommunismus nur Mittel – wie er meint vorübergehend notwendige Mittel zur Erreichung dieses Zweckes. Und so sehr wir uns über die Unmenschlichkeit dieser Mittel entsetzen mögen, so sehr auch die Machtausübung für die herrschende Schicht von Kommunisten in einem gewissen Maße Selbstzweck geworden sein mag, so wollen wir doch zweierlei nicht

vergessen: Einmal, daß der Kommunismus regelmäßig dort emporsteigt, wo Gewalt und Unrecht den Charakter der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung in besonders unerträglichem Grade bestimmen und der Gedrückte, der nirgends Recht kann finden, zum «letzten Mittel, wenn kein anderes mehr verfangen will», zu greifen sich gezwungen sieht. Und sodann, daß mindestens im Fall der Sowjetunion und der osteuropäischen Volksrepubliken die Diktatur im Inneren und ihre Verhärtung großen Teils nur die Antwort auf die Bedrohung und Bekriegung von außen darstellt, gegen die sie Schutz und Kraftquelle sein soll. Wenn sogar unsere Schweiz mit ihrer großen und langen demokratischen Überlieferung im zweiten Weltkrieg, nach der bekannten Feststellung von Professor Giacometti, «ein autoritärer Staat mit totalitären Tendenzen», eine «kommunistische Diktatur der Bundesbürokratie» geworden ist, wieviel mehr ist es da erklärlich (wenn schon nicht einfach zu rechtfertigen), daß die Sowjetunion, die das Erbe eines absolutistischen Staates verwaltete und seit ihrer Geburt um ihr bares Leben zu kämpfen hatte, zu Diktatur und Terror griff, um sich gegen die Feindseligkeit der kapitalistisch-imperialistischen Außenwelt zu panzern! Die Hoffnung ist sicher nicht unbegründet, daß die Sowjetunion diesen Panzer in dem Maße lockern werde, da sie des Aufhörens der Bedrohung von außen sicher sein kann.

Für mich steht jedenfalls fest, daß die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, trotz allen Trübungen des Ideals, der Daseinsgrund sowohl der Sowjetunion wie der neuen kommunistisch regierten Staaten geblieben ist. Und es ist keineswegs so, wie uns namentlich die sozialdemokratische Propaganda glauben machen will, daß die Förderung der sozialen Revolution in Rußland selbst wie in der übrigen Welt nur ein schlaues Mittel sei, um die Führungsschicht der Sowjetunion an der Macht zu halten und die anderen Länder einem egoistischen Sowjetimperialismus dienstbar zu machen. Solches Machtstreben, sei es einer regierenden Kaste, sei es einer ganzen Nation, müßte — wie wiederum gerade Sozialisten wissen sollten — ganz in der Luft stehen, wenn es nicht durch solide wirtschaftliche und gesellschaftliche Triebkräfte gestützt würde. Während aber der kapitalistische und faschistische Imperialismus tatsächlich von solchen Kräften getragen wird — insbesondere vom Ausdehnungsstreben der kapitalistischen Wirtschaft, die auf dem Binnenmarkt eine zu schmale Existenzgrundlage findet —, hat es die Wirtschaft der Sowjetunion in keiner Weise nötig, sich durch Anwendung staatlicher Machtmittel, insbesondere durch militärische Angriffsaktionen, Absatzmärkte, Rohstoffquellen oder Kapitalanlagemöglichkeiten im Ausland zu sichern; sie hat es hingegen sehr nötig, endlich einmal eine lange Friedensperiode geschenkt zu bekommen, die ihr die volle Entfaltung aller ihrer Möglichkeiten und Kräfte gewährt. In ähnlicher Lage sind die anderen Länder, die sich auf den Weg der sozialen Revolution im Zeichen des Kommunismus begeben haben oder in Zukunft begeben wollen. Zwischen ihnen und der Sowjetunion bildet sich daher eine ganz natürliche Solidarität

revolutionärer Interessen heraus, bei der es gewiß Gegensätze zwischen den einzelnen Mitgliedern dieser Interessengemeinschaft geben, ja zu ernsthaften Konflikten um den Führungsanspruch kommen kann, den die Sowjetunion gegenüber den kleineren kommunistischen Staaten erhebt; aber deswegen von einem «roten Imperialismus» zu reden, der in Wirklichkeit keine hinreichende Grundlage in den wirtschaftlichen und politischen Tatsachen fände, hieße dem Begriff Imperialismus einen Sinn unterlegen, den er mindestens bisher nicht hatte.

Erst recht zeugt es aber von einer geradezu grotesken Farbenblindheit, wenn infolge der äußersten Ähnlichkeit der beiden Regierungstechniken auch Sozialisten nicht mehr zwischen dem Wesenskern von Kommunismus und Faschismus unterscheiden können, zwischen kapitalistischer Gegenrevolution und — wenn auch gewalttätiger und totalitärer — sozialer Revolution. Die Vertreter der herrschenden Ordnung können sich nichts Besseres wünschen. Sie haben es durch die Überbetonung der totalitären Seite des Faschismus und Nazismus fertiggebracht, die Aufmerksamkeit in verhängnisvollem Maß von den kapitalistischen Wurzeln des Faschismus abzulenken und das alte Wirtschaftsregime vor der ihm mindestens in Westeuropa drohenden Beseitigung noch einmal zu retten. Und nun ist es ihnen gelungen, auch große Teile der Sozialdemokratie — von den Gewerkschaften nicht zu reden — für die Erhaltung des Kapitalismus zu mobilisieren, da ja der Kampf gegen den Kapitalismus neben demjenigen gegen den Kommunismus durchaus nebенäglich geworden sei und sich die wahre Scheidung der Geister nach ihrer Einstellung zur politischen Demokratie (in ihrer gegenwärtigen, bürgerlichen Form natürlich) vollziehe. Die Folge ist nicht nur, daß sich der Faschismus überall dort, wo er militärisch besiegt worden ist, aufs neue kräftig regt, und dort, wo er, wie in Spanien, heil durch den Krieg gekommen ist, eine kräftige Stützung durch die großen und kleinen Demokratien findet. Wichtiger ist, daß ein Sozialismus, der den Kommunismus auf die gleiche Stufe stellt wie den Faschismus, ob er es will oder nicht, mehr und mehr ins Lager der sozialen Konservativen gedrängt wird und im Bunde mit dem hochkapitalistischen Amerika auch das, was ihm an revolutionären Energien noch geblieben sein sollte, einzubüßen Gefahr läuft. Oder kann ein Sozialismus, der in der gleichen Front mit den gegenrevolutionären Weltkräften steht und den kommunistischen Staaten, neuerdings auch dem revolutionären China, jede, aber auch jede sozialistische oder auch nur sozialfortschrittliche Bedeutung und Leistung abspricht, kann ein solcher Sozialismus noch eine Kraft gesellschaftlicher Umwälzung sein, wie wir sie in unserer Generation fast so nötig haben wie das tägliche Brot? Wir sind freiheitliche Sozialisten, jawohl, und lehnen darum mindestens für den westlichen Kulturkreis den Diktatursozialismus ab. Aber wir sind eben doch Sozialisten und dürfen uns deshalb nie dazu hergeben, den Diktatursozialismus im Bunde mit den Mächten des konservativen Kapitalismus zu bekämpfen, die nicht nur den Kommunismus, sondern die

soziale Revolution überhaupt zu ersticken trachten. Die Folge der Erstarrung großer Teile der sozialistischen Bewegung der demokratisch maskierten alten Ordnung ist natürlich, daß sich der Kommunismus mit scheinbarem Recht den Alleinbesitz revolutionärer Tatkraft anmaßen kann und in wachsendem Grade diejenigen Menschen, Klassen und Völker anzieht, die in einem gewaltsamen Sturz des kapitalistischen und feudalen Regimes die einzige Lösung ihrer Schwierigkeiten sehen. Man denke an die asiatischen, die afrikanischen und die lateinamerikanischen Völker, aber auch an Griechenland, Italien, Spanien und Frankreich! Soll es wirklich so weit kommen, daß die Welt nur mehr die Wahl hat zwischen reaktionärem Kapitalismus und Imperialismus, ja Faschismus einerseits und sozialer Umwälzung im Zeichen und unter Führung des Kommunismus anderseits? Für eine Bewegung, die den Anspruch erhebt, eine «dritte Kraft» zu sein und die Welt im Geiste eines freiheitlichen Sozialismus umzugestalten, wäre das ein wahrhaft beschämendes Ergebnis, ja der eigentliche moralische Bankrott.

Um das bisher Gesagte zusammenzufassen, so stellt sich für uns das Verhältnis von Kapitalismus und Kommunismus wesentlich anders dar als der von uns gekennzeichneten neueren Richtung im westlichen Sozialismus.

Einmal grundsätzlich: Für uns ist es keine Frage, daß der Kapitalismus und die ganze auf ihm beruhende gesellschaftliche Ordnung (oder Unordnung) sowohl dem äußeren Wirkungsgrad als dem inneren Gehalt nach das unvergleichlich viel schwerere sittliche und materielle Übel ist als der Kommunismus. Dies zumal, wenn man bedenkt, daß der Kapitalismus aufs engste mit dem reaktionären Faschismus und dem primitiven Feudalismus verbündet ist und so weitaus mehr als die Hälfte der Menschheit, besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika, in einem Zustand der wirtschaftlichen Not, der leiblichen Verkümmерung, der geistigen Rückständigkeit und der moralischen Verkommenheit hält, der menschlicher Wesen gänzlich unwürdig ist. Was auch der Kommunismus in den dreißig Jahren seiner Herrschaft im Osten Europas und in der kurzen Zeit seines Wirkens in Asien an Sünden begangen haben mag — es reicht nicht entfernt an die Verbrechen und entsetzlichen Schäden hin, die dem Kapitalismus und dem von ihm gezeugten Kolonialismus und Imperialismus zur Last gelegt werden müssen. Die beiden Weltkriege, der deutsche Nazismus, der italienische Faschismus und der japanische Militarismus — um nur dies eine zu erwähnen — konnten nur auf seinem Boden großwachsen. Der Kommunismus aber ist — nach dem Sozialismus — die weltweite Gegenbewegung gegen Kapitalismus, Feudalismus und Absolutismus, besonders in den Ländern ohne Demokratie, eine Bewegung, deren revolutionäres Element — und es ist das ursprüngliche und wesentliche in ihm — wir grundsätzlich vollauf befähigen müssen.

Taktisch ergibt sich daraus die Folgerung, daß es widersinnig ist, das andere, das absolutistisch-gewalttätige Element im Kommunismus isoliert

Karl Marx und Friedrich Engels
Die KOMMUNISTISCHE PARTIE
DEUTSCHLANDS

zu bekämpfen, gar noch Arm in Arm mit den Kräften und Staaten des «demokratischen» Kapitalismus. Der Kommunismus als Diktaturregime wird nur in dem Maße überwunden, weil unnötig werden, wie die Zustände, die ihn hervorgerufen haben, aus der Welt geschafft werden. Wir werden darum den Kommunismus nicht los werden, solange wir nicht den Kapitalismus los werden, solange wir also nicht die soziale Revolution mit den Mitteln und im Geiste der Demokratie — und das heißt letztlich mit den Kräften des Reiches Gottes — vollziehen. Solange wir das unterlassen, wird der Kommunismus eine «tragische Notwendigkeit» bleiben, die wir schmähen und verurteilen mögen, der wir aber keine realistische Alternative entgegenzusetzen imstande sind.

IV.

«Ja, sind denn aber», so wird man mir vielleicht erwidern, «politische Freiheit und Demokratie nicht so hohe Güter, daß man sie unter allen Umständen und in allererster Linie verteidigen muß, wenn sie bedroht sind?» Nun — Freiheit und Demokratie sind Lebensgüter höchsten Wertes, und wir werden sie uns gutwillig keinesfalls schmälern oder nehmen lassen. Aber soweinig die Demokratie, die letztlich im Absoluten wurzelt, unter allen Umständen und zu jeder Zeit gefordert werden kann, so wenig kann sie ohne Rücksicht auf die Umstände und Zeitverhältnisse verteidigt werden. Freiheit und Demokratie treten niemals abstrakt, als an und für sich bestehende Lebensformen auf; sie sind immer an bestimmte gesellschaftliche Kräfte und Einrichtungen gebunden und werden nur mit und in diesen verwirklicht.

Das sollten wiederum gerade Sozialisten wissen, auch wenn sie im übrigen gar nicht auf dem Boden des Geschichtsmaterialismus stehen. Sie sollten sich klar darüber sein, daß sie heutzutage nicht die Demokratie als solche verteidigen können, sondern nur die bestehende, also die bürgerlich-kapitalistische Demokratie. Das ist keine Spitzfindigkeit, sondern eine Tatsache von höchster Bedeutung. Denn war einstens die Demokratie — und ich verstehe darunter hier auch den politischen Liberalismus — eine durchaus revolutionäre Sache, die sich in engster Verbindung mit dem Kampf des jungen Bürgertums und der erwachenden Arbeiterschaft gegen den absoluten Staat, die feudalen Gewalten und ein konservatives Patriziat durchsetzte, so ist sie heute infolge eben dieser Verbindung mit den Schicksalen des Bürgertums weithin eine ausgesprochen gegenrevolutionäre Angelegenheit geworden. Nicht nur sind die Lösungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, welche die politische Demokratie auf ihre Fahne geschrieben hat, durch die krasse wirtschaftliche Unfreiheit, Ungleichheit und Unbrüderlichkeit, die den Kapitalismus kennzeichnen, aufs äußerste abgewertet worden. Auch die politische Demokratie selbst ist durch das kapitalistische Gewinnstreben und die von ihm erzeugte Klassenspaltung völlig verfälscht und ausgehöhlt worden. Ihre

Handhabung und Steuerung ist ganz überwiegend zu einer Sache des besitzenden Bürgertums geworden, das sie dank seinen großen Macht- und Geldmitteln und mit Hilfe eines weitverzweigten Systems der Beeinflussung der öffentlichen Meinung zur Erhaltung seiner reaktionär wirkenden Klassenvorrechte und Profitmöglichkeiten mißbraucht. Darum auch der interessierte Eifer, mit dem das kapitalistische Bürgertum die Wiederherstellung der Demokratie in den kommunistisch regierten Ländern verlangt: es hofft — und nicht ohne Grund —, bei der Veranstaltung sogenannter freier Wahlen würden die alten feudalen und kapitalistischen Besitzinteressen und die konservativen Mächte der Erziehung und Tradition, nicht zuletzt auch die Kirche, einen derartigen Einfluß auszuüben vermögen, daß die neue soziale und politische Ordnung zerschlagen und der Weg für eine Wiederherstellung des ancien régime geebnet würde...

Für das kapitalistische Bürgertum ist eben die politische Freiheit unauflöslich mit dem verbunden, was es «freie Wirtschaft», «freies Unternehmertum», «liberale Marktwirtschaft» usw. heißt. Es weigert sich leidenschaftlich, die politische Freiheit von der herrschenden Wirtschaftsweise zu trennen, die wir das kapitalistische Regime nennen; es behauptet vielmehr, die Demokratie stehe und falle mit dem «freien Unternehmertum», und wendet sich darum mit größter Heftigkeit gegen alle Bewegungen, die auf eine gebundene, geplante, gelenkte Wirtschaft abzielen, so sehr, daß «Demokratie» in seinem Bewußtsein fast gleichbedeutend mit «herrschende Gesellschaftsordnung» geworden ist und das, was man drüben über dem Ozean als «American way of life», als «amerikanische Lebensform» zu bezeichnen gewohnt ist, in erster und letzter Linie die Freiheit ist, Geld zu machen, wie es einem gefällt, und so schnell, als man es vermag.

Gerade dagegen lehnt sich nun aber der Sozialismus in klarer Grundsätzlichkeit auf — oder sollte es wenigstens tun. Er geht gerade darauf aus, die Freiheit und die Demokratie vom Kapitalismus zu trennen und sie damit zu retten, ja erst wirklich zu begründen und zu sichern. Er weiß — oder müßte wissen —, daß die Demokratie heute nur noch durch den Sozialismus zu verteidigen ist, und daß ihre weitere Verkoppelung mit der kapitalistischen Klassenherrschaft ihren Untergang herbeiführen muß, weil der Kapitalismus selber zum Untergang verurteilt ist.

Wie können dann also Sozialisten hingehen und behaupten, es gelte heute einfach die Demokratie an und für sich zu verteidigen? Wie können sie den innigen, aber verhängnisvollen Zusammenhang, der in der Gesellschaft der Gegenwart zwischen Demokratie und Kapitalismus besteht, übersehen und den notwendigen, fruchtbaren Zusammenhang, der in der Gesellschaft der Zukunft zwischen Demokratie und Sozialismus geschaffen werden muß, in einem Maße außer acht lassen, daß sie sagen: Kapitalismus und Sozialismus — das sind veraltete Gegensätze; worauf es jetzt ankommt, das ist die Verteidigung der Demokratie, wie wir sie bereits haben und wie sie auch in den Ländern der kommunistischen Diktatur

begründet werden muß? Wie können sie sich einbilden, Arm in Arm mit den Verteidigern und Nutznießern der kapitalistischen Ordnung die Demokratie verteidigen zu können – mit Leuten also, die bereit sind, die Demokratie zu opfern, wenn sie ihren Klassen- und Geldinteressen gefährlich wird, die gestern den Faschismus gestützt haben, die heute jedes reaktionär-absolutistische Regiment als Bundesgenossen annehmen und morgen aufs neue zum offenen Faschismus greifen würden, falls diejenigen Güter, die ihnen die höchsten sind, ernstlich bedroht würden? Sehen diese Sozialisten wirklich nicht, daß Freiheit und Demokratie heute nur im Kampf mit den Mächten des Kapitalismus und Imperialismus gerettet werden können, nicht im Bündnis mit ihnen? Ist ihnen der Sozialismus bereits so wenig wert, daß auch für sie die Demokratie ein Göte geworden ist, wie es das kapitalistische Bürgertum will, das wohl weiß, warum es einen solchen Fetischkult mit der Demokratie treibt? Wahrlich, die unter uns umgehende Rede: «Lieber die Demokratie mit dem Kapitalismus als den Sozialismus mit der Diktatur» enthüllt im Licht all dieser Tatsachen ihre ganze Oberflächlichkeit und Gefährlichkeit. Wir haben gar nicht mehr die Wahl zwischen kapitalistischer Demokratie und Kommunismus. Der Kapitalismus ist auch in Westeuropa tatsächlich bereits abgetan. Und wenn wir trotzdem die Demokratie an ihn gekettet sein lassen, so wird mit dem Kapitalismus nur auch die Demokratie zugrunde gehen und eine Gesellschaft ohne Kapitalismus entstehen, die vom Kommunismus beherrscht sein wird.

V.

Wenn man die geistige Gesamthaltung kennzeichnen will, aus der das ganze Versagen der Sozialdemokratie im heutigen Weltkampf zwischen sozialer Revolution und Gegenrevolution fließt, so spricht man gern von der Verbürgerlichung des Sozialismus und der ihn tragenden Volkschichten. Und in der Tat, diese Verbürgerlichung hat stattgefunden und findet weiter statt. Sie ist oft beschrieben worden, und wir kennen sie alle. Vielleicht war sie, wie Hendrik de Man meinte, unvermeidlich, insofern eben die Arbeiterklasse, zum Teil gerade dank dem sozialistisch inspirierten Kampf ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, in einer Reihe von Ländern in eine kleinbürgerliche Lebenshaltung hineingewachsen ist und mit dem neuen gesellschaftlichen Sein auch das Bewußtsein der nächsthöheren sozialen Schicht übernommen hat. Noch viel stärker war das natürlich der Fall in einem Land wie Amerika, wo überhaupt nie für längere Zeit stärkere sozialistische Einflüsse auf die Arbeiterschaft wirkten und die Gewerkschaftsbewegung darum heute ganz überwiegend von individualistisch-kapitalistischer Gesinnung erfüllt ist. Was aber die aus dem Bürgertum gekommenen Sozialdemokraten anlangt, namentlich auch die intellektuellen Vertreter und Wortführer der Sozialdemokratie, so sind sie meist in einem liberalistischen Reformis-

mus stecken geblieben oder zu ihm zurückgekehrt, einem Reformismus, der gewiß von viel gutem Willen erfüllt ist und dessen Leistungen gering zu achten ungerecht wäre, der sich aber im großen und ganzen in der jetzigen Welt recht wohl fühlt, ihre Übel nicht mehr so tragisch nimmt und vor nichts mehr Angst hat als vor einer radikalen Umwälzung der bestehenden Ordnungen. Denn das ist ja diesem ganzen kleinbürgerlichen Sozialdemokratismus, dem der gebildeten Stände und der Mittelschichten wie demjenigen der Arbeiterschaft, überhaupt eigen: die Liebe zum Besitz, sei es zum materiellen, sei es zum geistigen und kulturellen Besitz, um dessen Erhaltung und Verteidigung man nun so schrecklich bangt. Daher jener wütende, philisterhafte Haß gegen die Revolution und gegen den Kommunismus — neben anderen, edleren Beweggründen dafür, sicherlich —, der so viele brave Bürger aller Stände beherrscht und der im Kommunismus vor allem die Bedrohung ihres geordneten, geruh samen Lebens durch ein zügelloses Barbarentum sieht. Daher die panische Angst um die eigene werte Person und um die Weiterexistenz des Partei- und Gewerkschaftsapparates, die im Hinblick auf die Möglichkeit eines Einbruches des Kommunismus nach Westeuropa so viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter offensichtlich beherrscht und sie für jegliche Art von antikommunistischer Propaganda anfällig macht. Und daher mindestens teilweise auch jene Begeisterung für die Demokratie, die keineswegs bloß aus tiefer Liebe zur Freiheit und zum Recht des Menschen stammt, sondern oft genug recht seichter Art ist und die Demokratie vor allem als Sicherung vor dem Umsturz schätzt, den zu verhindern sie gerade gut genug ist.

Das alles muß man gewiß klar sehen. Aber ich meine, man müsse diese ganze Erscheinung eines verbürgerlichten Sozialismus noch tiefer erfassen. Vielleicht trifft man den Kern der Sache am besten, wenn man sagt: Der Sozialismus von heute hat seinen alten marxistischen Glauben verloren und will den neuen, leninistisch-stalinistischen Glauben nicht annehmen, hat aber den wirklich zum Sozialismus gehörigen Glauben an Gott und seine Herrschaft noch nicht gefunden. Das gilt auch von einem Sozialismus wie demjenigen der Britischen Labourpartei, der nie sehr marxistisch war und sich, wie ihr derzeitiger Sekretär Morgan Phillips beansprucht, «allein auf die demokratischen und christlichen Grundsätze stützt, die uns von unseren großen religiösen Reformatoren gelehrt wurden, lange bevor Marx geboren wurde». Denn in Wahrheit ist diese evangelische Grundlage des Laboursozialismus, wie jeder weiß, der ihn kennt, allmählich doch recht dünn und schmal geworden, soweit sie von den britischen Sozialisten und ihren Führern überhaupt noch anerkannt wird. Auf jeden Fall hat der Laboursozialismus als Ganzes auch die Wahrheit, die im Marxismus liegt, nie aufgenommen, insbesondere nicht seine Erkenntnis von der Klassenstruktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, sonst hätte er nicht in der Außenpolitik so weithin die Denkweise und Praxis des konservativen Imperialismus übernehmen und so verhäng-

nisvoll tief in die Abhängigkeit von der Weltmachtpolitik des amerikanischen Kapitalismus versinken können.

Aber auch bei den festländischen Sozialdemokraten hat sich der Marxismus, der einmal ein weltumgestaltender Glaube war, mehr und mehr verflüchtigt, ohne daß ein neuer Glaube, der eine ähnliche Siegesgewißheit und Opferwilligkeit erzeugt hätte, an seine Stelle getreten wäre. «Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben.» So ist eine große Leere im Inneren dieser Sozialisten entstanden, und da auch ein seelischer Hohlraum nicht lange bestehen kann, so ist in den westlichen Spätsozialismus von außen her, aus der bürgerlichen Umwelt, ein Inhalt eingeströmt, der ganz und gar nichts mit dem Wesen des Sozialismus zu tun hat: ein trüber Nationalismus und Imperialismus, ein richtiggehender Militärpatriotismus, eine satte Besitzfreudigkeit, ein oberflächlicher Humanismus und Demokratismus und namentlich jener wütende Antikommunismus, der die echteste Leidenschaft des heutigen Normalsozialisten ist. Nur zu sehr trifft auf zahlreiche Vertreter der internationalen Sozialdemokratie das harte Urteil zu, das Gustav Mayer, der Biograph von Friedrich Engels, in seinen Lebenserinnerungen über die sozialdemokratische Führerschicht der Weimarer Republik gefällt hat:

«Kleinbürgerliche Philisterallüren paarten sich bei vielen mit Egoismus und Strebertum... Ich vermißte an ihnen „nicht bloß staatsmännische Begabung, Instinkt, Kenntnisse und jenen großen Ehrgeiz, der sich an die Sache hingibt, restlos, um im Werke fortzuleben“. Ich nannte ihre große Mehrzahl „hochgekommene Spießer, muffige Kleinbürger ohne Glauben, ohne echte Ideale, ohne moralischen Mut und ohne hinreichendes Verantwortungsgefühl“... Die Kleinheit ihres moralischen und intellektuellen Formats schlug sie mit Unfruchtbarkeit.»

Dieser Typus von Sozialisten hat es durch seine innere Schwäche und seine Zusammenarbeit mit dem konservativen Bürgertum schon nach dem ersten Weltkrieg verhindert, daß Deutschland, Frankreich, Italien und andere Länder den Weg zum Sozialismus beschritten; das Ende seines Weges waren dann Hitler, Mussolini und die anderen Gesellschaftsretter. Er hat auch am Ende des zweiten Weltkrieges, in Zusammenarbeit insbesondere mit der amerikanischen Gegenrevolution, die Begründung eines sozialistischen Europa hintertrieben, das damals durchaus möglich gewesen wäre. Nur eines bringt er nicht fertig: einen wirklichen Damm gegen den Kommunismus zu bilden. Denn daß der behagliche Reformismus und schwächliche Humanismus, in dem er sich gefällt, dem robusten Gewaltglauben, dem fanatischen Tatwillen und der grenzenlosen Hingabe der Kommunisten an ihre Sache irgendwie gewachsen sei, das können nur Leute erwarten, die ihre Wunschträume für Wirklichkeiten nehmen. Den Kommunismus wirklich zu überwinden, indem er ihn überbietet, das vermag zuletzt nur der Glaube an Gott und sein Reich und an den Christus, der es herbeiführt. Unser französischer Freund Georges Lasserre hat es im «Christianisme Social» richtig gesehen:

«Wenn man den Dingen auf den Grund geht, so bemerkt man, daß eine lediglich soziale und lediglich irdische Mystik einem Dilemma nicht ausweichen kann: entweder führt sie zu einem Totalitarismus, oder aber sie zerbröckelt bei der Berührungen mit den Wirklichkeiten und mit der Geschichte. Sie ist etwas ebenso Unvollständiges und Unbefriedigendes, aber im umgekehrten Sinn, wie das Kirchchristentum.»

Oder, um mit Leonhard Ragaz zu sprechen:

«Wir fordern und erwarten eine soziale Umwälzung auf Grund einer religiösen. Das ist unsere Grundhaltung.»

«Auf Grund einer religiösen Umwälzung», wohlgemerkt, also nicht eines christlichen Konservatismus, auch nicht eines solchen, der im religiös-sozialen Gewande auftritt. «Denn der Glaube an das Reich», so betont Ragaz immer wieder, «kehrt sein Antlitz nach vorwärts, nicht wie dasjenige Christentum, das so lange geherrscht hat, nach rückwärts. Aus der Reaktion wird Revolution, aus dem Opium, das die Völker mit religiösen Träumen, mit Kirchen- und Frömmigkeitswesen aller Art einlullt, wird das Dynamit, das die Berge der gottwidrigen Zustände sprengt und den Weg frei macht für Gott und den Menschen.» (Aus «Neuer Himmel und neue Erde!»)

Sind wir von solchem Glauben berührt, dann werden wir uns nie und nimmer mit jenem gemütlichen Spießbürgersozialismus zufrieden geben können, der wohl ganz schöne Worte und Erkenntnisse in bezug auf die Notwendigkeit einer sozialen Neuordnung der Welt hat, dem es aber gar nicht einfällt, mit diesen Worten und Erkenntnissen auch wirklich Ernst zu machen, der vielmehr vor jeder wirklich radikalen, das heißt an die Wurzel des Übels gehenden Umgestaltung der Besitzordnungen und Lebensformen heftig zurückschreckt, ja sich im großen Weltkampf zwischen Revolution und Gegenrevolution mit unfehlbarer Sicherheit auf die Seite der Gegenrevolution und insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika stellt, die er eben — ich erinnere an das eingangs Gesagte — als Vorkämpfer eines «praktischen Sozialismus auf internationaler Stufenleiter» ansieht. Dann werden wir unserseits, ohne in billige Schwärmerei zu verfallen, all unsere Begeisterungsfähigkeit und edelste Leidenschaft der Aufgabe weihen, einer neuen, auf Gerechtigkeit und Achtung vor dem Bruder und der Schwester im Mitmenschen begründeten Ordnung des Gemeinschaftslebens zum Durchbruch zu verhelfen. Dann werden wir, sofern es uns wirklich ernst ist mit unserem Kampf, immer wieder, als auf den alt bösen Feind, auf den Geist und die Werke des Mammonismus stoßen, von dem Emmanuel Mounier gesagt hat: «Niemals hat ein Tyrann über eine so weltweite Macht geboten, die Menschen von einem Ende der Erde bis zum andern durch Elend oder Krieg zu zermalmen; kein Tyrann hat je im stillen Alltag soviel Ruinen und Ungerechtigkeiten aufgehäuft.» Dann werden wir es einfach nicht mehr ertragen können, daß mehr als die halbe Menschheit hungert und keine rechte Bekleidung und Behausung hat — vor allem die asiatischen Völker — und werden

uns mit brennendem Herzen auf die Seite all der Nationen stellen, die, aus jahrtausendelanger Nacht erwachend, zur Sonne, zur Freiheit, zum Licht und zum Menschsein emporstreben, auch wenn es in Gestalt von bewaffneten Revolutionen geschieht und nicht, wie bisher in Indien, durch gewaltlosen Widerstand gegen die Bedrücker. Dann werden wir aber auch unsere westliche sogenannte Kultur nicht mehr ertragen können, die mit ihrer Voranstellung der materiellen Lebensgüter und ihrer Ausbeutung der Schwachen und Gutmütigen, mit ihrer Vergötzung der Technik und ihrem Glauben an Gewalt und Militär die Gottlosigkeit selber geworden ist, die höchstgesteigerte Form der Gottlosigkeit, die unsere Erde jemals gesehen hat. Kurz, es wird uns innerstes Bedürfnis werden, uns in den Dienst der Revolution gegen diese ganze Welt zu stellen. Und in dem Maße, in dem wir dies tun, werden wir dann auch über den Kommunismus Herr werden, der ja nur die Antwort — eine ungenügende und höchstens vorläufige Antwort — auf die Fragen ist, die uns der Zerfall und der Bankrott der immer noch herrschenden Weltordnung stellt. Dann brauchen wir den Kommunismus nicht mehr zu fürchten — wir sind ihm ja überlegen. Ja, wir können sogar mit ihm zusammenarbeiten, ohne besorgen zu müssen, daß er uns, wenn er uns für seine Zwecke gebraucht habe, wegstoßen und auffressen werde. Denn nun sind wir ja nicht mehr die Einschläferer der revolutionären Kräfte und die Schädlinge der sozialistischen Sache, als die uns jetzt die Kommunisten verachten und hassen; wir stehen jetzt selber auf festem revolutionärem Grund, auf demjenigen Grund, von dem aus allein die bleibende Umwälzung auch der weltlichen Ordnungen und Einrichtungen geschehen kann.

Natürlich kann der neue Glauben, der die Voraussetzung einer Überwindung der gegenwärtigen Krise des Sozialismus ist, nicht einfach gefordert oder gar kommandiert werden. Er ist zuletzt Gabe von oben und muß von Gott gewirkt werden. Aber wir können uns dem Licht, das zu uns kommen will, auftun und uns für seine Empfängnis vorbereiten. Wir können als die Religiös-sozialen, die wir sein wollen, durch unser bloßes Dasein und Auftreten Zeugnis ablegen von dem Glauben, der in uns lebt und der auch alle anderen Menschen erfassen kann. Und wir werden namentlich die Sozialisten in aller Brüderlichkeit, aber auch mit aller Unerbittlichkeit immer wieder vor die Entscheidung stellen müssen, der sie nicht ausweichen können: Entweder den Kommunismus auf die bisherige falsche Art weiter zu bekämpfen und damit immer tiefer ins Verderben zu kommen, oder ihm mit den rechten Waffen entgegenzutreten und uns mit ihm zu gemeinsamem Kampf gegen den gemeinsamen Gegner zu verständigen, unter sauberer Aufrechterhaltung unserer politischen Selbstständigkeit und unserer freiheitlichen Grundsätze. Entweder den Kommunismus zu fürchten und zu hassen und damit die Kräfte zu stärken, die uns in einen neuen Weltkrieg hineinzujagen drohen, oder aber die Tatsache anzuerkennen, daß sich die soziale Revolution in Osteuropa und Asien, wahrscheinlich auch in Afrika und Lateinamerika unter kommuni-

stischer Führung vollzieht, und daß mindestens auch in Ostdeutschland, Frankreich und Italien, wenn nicht ähnlich in Spanien und Griechenland die treibende Kraft der sozialen Umwälzung der Kommunismus und die ihm nahestehenden Bewegungen sind, Kräfte, mit denen der sich freiheitlich nennende Sozialismus in ein Verhältnis der Zusammenarbeit kommen muß, wenn er nicht mehr und mehr zum Bundesgenossen der konservativen, ja rückschrittlichen Mächte werden will.

Das ist die Entscheidung, die der demokratische Sozialismus treffen muß. Entscheidung heißt mit dem Fremdwort *Krisis*. Und die Lösung der sozialistischen Krise, die Meisterung der lebensgefährlichen Schwierigkeiten, in die der Sozialismus besonders der westeuropäischen Länder geraten ist, kann darum nur in der rechten Entscheidung zwischen den beiden Wegen bestehen, die jetzt vor ihm liegen.

WELTRUND SCHAU

Ungewißheit im Fernen Osten Der Krieg in Korea geht nun bereits in den neunten Monat, und noch ist sein Ende nicht abzusehen. Die neue Offensive Mac Arthurs ist trotz beträchtlichen örtlichen Erfolgen im ganzen nicht entscheidend über die Linie hinausgekommen, die die UNO-Streitkräfte schon vor einem Monat erreicht hatten; der «Fortschritt», den die Interventionsarmeen seither gemacht haben, besteht im wesentlichen in der Anrichtung noch ärgerer Verwüstungen und Metzeleien, als sie schon bisher den koreanischen «Befreiungskrieg» gekennzeichnet haben. Wie zahllose andere koreanische Städte und Dörfer, so ist auch das gerade jetzt wieder – zum wievielten Mal? – umkämpfte Söul, einst eine geschäftige Millionenstadt, ein einziger, unbewohnbarer Trümmerhaufen geworden, und wenn man annimmt, daß seit Kriegsbeginn in Nord- und Südkorea zusammen zwei Millionen Zivilpersonen getötet worden sind, so ist das wahrscheinlich eine noch bedeutend unter der Wirklichkeit bleibende Schätzung. Aber so sind sie eben, diese in rein militärischen Begriffen denkenden Kommunistenvertilger: Was tut's, wenn der Patient stirbt? Wenn nur die Operation technisch gelingt! Der Anschauungsunterricht für die europäischen Völker, die gegebenenfalls auch à la Korea «befreit» werden sollen, ist immerhin eindrucksvoll genug ...¹

¹ Im Londoner «Observer» (11. März) erwähnt der militärische Mitarbeiter des Blattes eine amtliche Schätzung, wonach allein zwischen dem 1. Januar und dem 15. Februar 80 000 Nordkoreaner und Chinesen durch die UNO-Streitkräfte getötet worden seien, davon 50 000 durch Luftangriffe, 30 000 durch Bodenangriffe, 12 000 Feinde seien an Krankheiten gestorben. Und die Neuyorker «Times» beschrieb kürzlich die Wiederbesetzung eines kleinen von Napalm-Bomben zerstörten koreanischen Dorfes